

ÖFFENTLICHER DIENST

Die Wut der Diener auf den Staat

Seit vier Jahren haben Krankenschwestern, Bademeister und Müllmänner keine Gehaltserhöhung bekommen. Dagegen wurden vor allem in Kliniken Stellen gestrichen. Jetzt drohen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit Streik.

VON MARKUS KNALL

München – Zum Glück, sagt Christian Kulkies, habe er keine Frau und keine Kinder. Nicht dass er sich keine Familie wünsche, nur leisten kann er sie sich nicht. Dabei hat Christian Kulkies keinen schlechten Beruf, er ist Physiotherapeut im Klinikum Neuperlach. 1360 Euro verdient der 28-Jährige dort netto im zweiten Berufsjahr. Dafür renkt er 38,5 Stunden in der Woche Gelenke ein, massiert Lymphknoten und dehnt Sehnen. Doch gerade leidet der junge Mann keinen Patienten bei der Krankengymnastik an – gerade sitzt er in der Münchner Zentrale der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und will mit anderen Betroffenen auf ihre Situation aufmerksam machen.

Seit 2004 haben die meisten der rund 26 000 Beschäftigten der Stadt München keine Gehaltserhöhung mehr bekommen. Immer wieder hatten sie Verzicht geübt, weil die Kassen der Kommunen leer waren. Doch damit soll jetzt Schluss sein. „Wir wollen acht Prozent mehr, mindestens aber 200 Euro brutto“, gibt Heinrich Birner, Chef des Verdi-Bezirks München, das Ziel für die laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst aus.

Dafür würden Krankenschwestern, Müllmänner und Bademeister auch auf die Straße gehen. Morgen könnte es schon die ersten Warnstreiks geben. „Wenn die Arbeitgeber kein deutlich verbessertes Angebot vorlegen“, sagt Birner. Doch das liegt noch nicht auf dem Tisch. Seit Montag verhandeln die Spitzen von Arbeitgebern und Gewerkschaften in Potsdam – bislang ergebnislos. Die Stimmung bei den rund 1,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Deutschland ist daher schlecht. Seit die Löhne nicht mehr mit den Preisen gestiegen sind, mussten viele harte Einschnitte hinnehmen.

Am Ende zahlen wohl auch die Patienten drauf

Matthias Luther etwa fährt seit Jahren mit dem Fahrrad in die Arbeit. Radfahren ist gesund, doch vor allem spart sich der Familienvater so die 57,70 Euro für die Monatskarte, ein Auto hat er nicht. 2200 Euro verdient er im Monat, rund 800 Euro gehen davon für seine Drei-Zimmer-Wohnung weg. „Taschengeld bekommen meine Söhne nicht“, sagt er. Er schämt sich nicht zu sagen, dass er nur wenig Geld hat. Eher wirkt er kämpferisch und erzählt, wie er über die Runden kommt.

Seinen Zwillingen etwa möchte Matthias Luther unbedingt etwas gönnen: In der Drei-Zimmer-Wohnung hat jeder sein eigenes Zimmer. Dafür haben er und seine Frau auf ein Schlafzimmer verzichtet – die Nacht verbringen sie im Wohnzimmer.

Dass Matthias Luther nur einer von vielen ist, sieht Betriebsrats-Chef Erhard Reinfrank immer wieder. Seit fünf Jahren, erzählt er mit ruhiger Stimme, würden sich die Arbeitsbedingungen rasant verschlechtern: „Die Überlastung nimmt dramatisch zu.“ Alle Stellen, die frei würden, würden nicht neu besetzt. Einige Stationen hätten eine Besetzung wie sonst nur am Wochenende – „Wenn dann noch einer krank wird, holen wir Leute aus dem ‚Frei‘ zurück.“

Zu viel Arbeit, zu wenig Geld – am Ende zahlt dabei wohl auch der Patient drauf. „Das geht auf die Gesundheit der Patienten“, sagt die Krankenhelferin Irene Spitzer und erzählt dann eine Geschichte, wie sie keiner erleben will, der ins Krankenhaus kommt. Eigentlich sollten Patienten regelmäßig umgelagert werden, alle zwei bis drei Stunden, erklärt die 44-Jährige. Doch das Personal hat immer weniger Zeit für jeden Einzelnen. Ein Umlager pro Tag fällt nun weg. Wundliegen könne die Folge sein.

30 Herzpatienten müssen Irene Spitzer und ihre Kollegin auf der Station „Innere Medizin“ versorgen. Früher waren sie einmal zu viert, doch das Krankenhaus in Neuperlach musste sparen, und so machen heute zwei die Arbeit von vier.

Für einen kleinen Plausch hat Irene Spitzer nun auch keine Zeit mehr. Wie immer müsse es schnell gehen, beschreibt sie ihre tägliche Arbeit: Tabletten geben, Fieber messen, Infusionsflaschen

wechsellern, zuvor noch rasch das Essen zu den Patienten bringen. Wenn sie das Tablett mit der Schonkost auf den Nachttisch stellt, hat sie vielleicht ein paar Minuten für ein Gespräch. Meistens hat sie das nicht: „Unterhalten geht gar nicht mehr“, sagt sie. „Die Zuwendung geht verloren.“ Denn meistens geht es schnell weiter: Tabletts einsammeln, Verbände wechseln, Blutdruck messen. 1400 Euro netto bekommt die 44-Jährige im Monat dafür.

Als sie noch zu viert waren, hat sie fast genauso viel verdient.

Die Ursache dafür, dass Spitzers Lohn und der anderer Mitarbeiter in Krankenhäusern seit Jahren nicht gestiegen ist, liegt für Heinrich Birner in der Deckelung der Ausgaben der Kliniken. In diesem Jahr etwa dürften die kommunalen Krankenhäuser ihre Ausgaben nur um 0,14 Prozent steigern. Mehr Lohn ist für die Angestellten da kaum drin.

„Das darf nicht sein“, wertet Birner. Schlimmer noch: Die Arbeitgeber, Bund, Städte und Gemeinden, verlangen die Anhebung der Arbeitszeiten um 1,5 Stunden auf 40 Stunden in der Woche. „Das rechnet sich nur, wenn irgendwann auch Arbeitsplätze abgebaut werden“, sagt Birner. Vier Prozent weniger Personal werde es durch die Anhebung der Arbeitszeiten geben, rechnet er vor. Weniger Reallohn bei längerer Arbeitszeit: Das macht auch Mi-

chaela Moser wütend, am Hals bekommt sie rote Flecken: „Das Angebot ist Verarschung“, ätzt die 26-jährige Krankenschwester. Auf ihrer Station im Klinikum München Ost gebe es inzwischen weniger Pfleger, als der Notdienst erfordere.

Für mögliche Streiks haben Gewerkschaft und Städtische Kliniken einen Notplan erarbeitet, um die Patientenversorgung zu sichern: Demnach sollten etwa mindestens zwei Mitarbeiter in der Abteilung für Psychische und Sucht-Erkrankungen Dienst tun – weil das nicht ungefährlich ist. Tatsächlich arbeitet hier

schon heute nur ein einziger Kollege. „Wir können niemanden zu einem Streik schicken“, sagt Moser.

Mit der angespannten Situation in den städtischen Krankenhäusern kommt jeder auf seine Weise zurecht. Matthias Luther etwa hat sich einen Nebenjob gesucht. Dreimal die Woche arbeitet er in einer Privatpraxis. Das hilft ihm über die Runden. Christian Kulkies hat den Fernseher abgedreht – um die Gebühr zu sparen. Doch auf etwas will der 28-Jährige nicht verzichten: ordentliche Kleider und gutes, gesundes Essen.

Trotz aller Kritik, den meisten geht es vermutlich wie Michaela Moser, die sagt: „Ich mache diesen Beruf richtig gerne.“

Markus Knall

„Die Wut der Diener auf den Staat“, Münchner Merkur, 13. Februar 2008



Schlecht bezahlter Dienst am Nächsten: Nicht nur die Beschäftigten in Krankenhäusern wollen mehr Gehalt.

FOTO: FOTOLIA



**Christian Kulkies (28),
Physiotherapeut:**

In seinem Handy steckt eine Telefon-Karte von Aldi. Für die Fernseh-Gebühren reichen seine 1360 Euro Gehalt nicht aus.

FOTOS: RK



**Matthias Luther (42),
Physiotherapeut:**

Sein Gehalt reicht nicht aus, um die Familie zu ernähren. Daher arbeitet er nebenbei in einer Praxis. Er fährt Rad, ein Auto hat er nicht.



**Erhard Reinfrank (54),
Betriebsrat:**

„Der Budget-Deckel für Krankenhäuser muss weg“, fordert er. Nur so würden die Mitarbeiter in Krankenhäusern wieder mehr verdienen.



**Irene Spitzer (44),
Krankenhelferin:**

38,5 Stunden arbeitet sie pro Woche. „Doch wann kommt man schon mal pünktlich raus?“ 1400 Euro erhält sie dafür jeden Monat.



**Michaela Moser (26),
Krankenschwester:**

Hätte gerne Kinder. Doch sie zweifelt, ob ihr Gehalt für eine Familie reicht. Mit 1000 Euro kann sie sich schon jetzt kein Auto leisten.